



Budget- und Aufsichtskommission (BAK)

Morellhaus, Postgasse 14  
Postfach, 3000 Bern 8  
Telefon 031 321 79 20  
Fax 031 321 79 22  
ratssekretariat@bern.ch  
www.bern.ch

## **Aufsichtskommission (AK):**

### **Bericht über ihre Verwaltungskontrollarbeit im Jahr 2009**

#### **1. Einleitung**

Nachfolgend werden die Instrumente der Verwaltungskontrollarbeit der AK und deren Anwendung im Berichtsjahr kurz dargelegt.

##### *Delegationsbesuche*

Es handelt sich dabei um Sitzungen von fünf Delegationen der AK bei den betreffenden Direktionen (so genannte AK-Delegationen, von denen es für jede Direktion eine gibt und die jeweils aus vier Mitgliedern bestehen – *vgl. Beilage*). Im Plenum erfolgt die Berichterstattung über die Ergebnisse dieser Sitzungen; das Plenum berät die Ergebnisse und legt das weitere Vorgehen fest. Im Berichtsjahr besuchten die AK-Delegationen die Direktionen je einmal. Es wurden vorgängig keine Fragen zu einem Hauptthema festgelegt. Je Direktion wurde ein separater Schwerpunkt festgelegt. In den nachfolgenden Kapiteln sind die Ergebnisse zusammenfassend dargelegt.

##### *Direktionsgespräche*

Jeweils im ersten Quartal des Jahres finden insgesamt fünf vertrauliche, dreiviertel Stunden dauernde Informationsgespräche mit den Direktorinnen und Direktoren statt, welche nicht protokolliert werden.

##### *Direktionsbesuche*

Pro Jahr finden zwei bis drei solcher Direktionsbesuche statt, im Rahmen derer der Kontakt zwischen den AK-Mitgliedern und dem Kader der Direktionen – anhand der Erörterung eines jeweils vorgängig ausgewählten Themas – gepflegt wird. Im Berichtsjahr besuchte die BAK die Direktionen SUE, FPI und BSS.

Die AK ist direkte Vorgesetzte der *Ombuds- und Datenschutzaufsichtsstelle* und ist zudem für die *ausgelagerten Betriebe* zuständig. Mit beiden Aufgabenbereichen hat sich die AK auch 2009 intensiv beschäftigt.

## **2. Bericht aus der Sicht des Präsidiums**

Die Zusammenarbeit in der Aufsichtskommission ist sehr angenehm. Die Diskussionskultur ist gut und das Engagement von allen Mitgliedern der Aufsichtskommission ist gross. Als letztjährige AK-Präsidentin möchte ich allen Mitgliedern und speziell auch dem Kommissionssekretär Jürg Stampfli für die gute Arbeit danken.

Neben den üblichen, umfangreichen Arbeiten (z.B. Behandlung Jahresrechnung und IAFP, ausgelagerte Betriebe) hat sich die AK im Jahr 2009 speziell mit folgenden grösseren Themen befasst:

### *Revision Geschäftsreglement*

Im Oktober 2008 fand die erste Lesung des Geschäftsreglements statt. Es wurden viele Anträge gestellt, u.a. auch Rückweisungsanträge. Diese wurden in der AK erneut diskutiert und bereinigt. Die definitive Bereinigung fand am 9. Februar 2009 statt. Daraufhin wurde das Geschäft im Stadtrat am 12. März 2009 erneut behandelt und mit 56 zu 1 Stimme verabschiedet. Im Mai 2009 fand daraufhin die Volksabstimmung zur nötig gewordenen GO Änderung (Schaffung einer Finanzdelegation anstelle der Budgetkommission) statt. Der Namen der Budget- und Aufsichtskommission wurde in Aufsichtskommission AK geändert.

Die Vorbereitung hat den AK Mitgliedern viel abverlangt und die Artikel wurden oft diskutiert, verworfen und umgeschrieben. Die Kommission war aber schliesslich zufrieden mit der Vorlage. Die Schwierigkeit bei der zweiten Runde war, dass die Rückweisungen aus der 1. Lesung zum Teil ohne Auflagen an die Kommission zurück delegiert wurden. Das hatte zum Teil zur Folge, dass Artikel im selben Wortlaut wieder dem Stadtrat vorgelegt wurde. Auch im 2010 werden wir uns in der Kommission mit dem Geschäftsreglement befassen.

### *Untersuchung Sozialhilfe*

Das grösste und zeitintensivste Thema im 2009 war die Untersuchung in Sachen Sozialhilfe. Insgesamt benötigte die Kommission 14 Sitzungen für die Durchführung der Untersuchung, was einem Zusatzaufwand von rund 50 Stunden reiner Sitzungszeit entspricht. Für die Erarbeitung des Berichtes wurde Daniel Weber beigezogen, das Protokoll führte Markus Schütz. Die Ergebnisse zur Untersuchung sind im Untersuchungsbericht der Kommission nachzulesen. Der Bericht wurde im Stadtrat am 2. Juli 2009 behandelt und mit 63 Ja zu 6 Nein bei 1 Enthaltung zustimmend zur Kenntnis genommen. Mit der Überweisung des Berichtes wurde der AK beauftragt, die gegenwärtige Regelung der städtischen Finanzaufsicht und die Stellung der bestehenden Revisionsorgane innerhalb der Gemeindeorganisation zu überprüfen, Vorschläge zur Neuorganisation auszuarbeiten und diese in geeigneter Form dem Parlament zu unterbreiten. Am 7.9.2009 wurde der Auftrag in der Kommission erstmals diskutiert und das weitere Vorgehen beschlossen.

Wir haben in der Kommission bei dieser Untersuchung sehr gut zusammengearbeitet. Alle waren stets gut vorbereitet und haben sich engagiert in die Diskussionen eingebracht. Es versteht sich von selbst, dass ein einstimmig verabschiedeter Bericht heftige

Diskussionen und aktives Handbieten voraussetzt. Es zeigt sich jetzt auch im Nachgang, dass alle hinter dem Bericht stehen können.

#### *Ratssekretariat*

Nach der Kündigung von Annina Jegher hat die AK am 7. September 2009 beschlossen dem Stadtratsbüro einen Brief zu schreiben und diesem mitzuteilen, dass die Kommission mit Jürg Stampfli gute Erfahrungen gemacht hat und bei einem Wechsel viel Know-how verloren ginge. Weil Jürg Stampfli im Oktober 2009 krankgeschrieben war, kam es an der Sitzung vom 26. Oktober 2009 dazu, dass der AK als Notlösung die Vizestadtschreiberin an die Seite gestellt wurde. Diese Situation war für alle Beteiligten schwierig und es wurde beschlossen dass eine andere Lösung gesucht werden muss. Daniel Weber amte am 16. November 2009 als Kommissionssekretär. An dieser Sitzung wurden auch die Büro-Mitglieder des Stadtrates in die AK zu einer Aussprache eingeladen. Nachträglich wurde darauf verzichtet, eine Untersuchung einzuleiten. Es wurde aber beschlossen, dem Stadtrat aufgrund von Parteilichkeit der Büro-Mitglieder einen Antrag zu stellen, ein paritätisch zusammengesetztes Gremium einzusetzen, um den Wahlvorschlag an den Stadtrat vorzubereiten. Der Antrag wurde durch die Fraktionspräsidien konkretisiert und der AK-Antrag konnte zurück gezogen werden.

Die ganze Situation war für die Aufsichtskommission schwierig. Einerseits menschlich, weil wir mit unserem Kommissionssekretär immer gute Erfahrungen gemacht haben, andererseits auch organisatorisch, weil aus verständlichen Gründen Jürg Stampfli teilweise krankgeschrieben war und uns das Know-How fehlte.

#### *Schwerpunktthema: Auswirkungen „200'000 Franken sind genug“*

Die Aufsichtskommission hat sich speziell 2008 bei ihren Delegationsbesuchen bei den Direktionen eingehend mit der Frage befasst, inwieweit sich die Initiative „200'000.00 Franken sind genug“ auf die Besetzung von Kaderstellen in der Stadtverwaltung auswirkt. Die Aufsichtskommission stellte daraufhin fest, dass die Auswirkungen der Initiative allgemein ein Thema sind. Die Finanzdirektion selbst beantwortete die Frage, ob die Initiative einen Einfluss auf die Besetzung von Kaderstellen habe, mit einem klaren Ja. Nach Auswertungen in der Kommission und gestützt auf die Resultate hat die Kommission mehrheitlich beschlossen, eine Motion einzureichen. Diese wurde am 10. September 2009 im Stadtrat eingereicht. Die Mehrheit der Kommission war der Ansicht, dass es die Aufgabe der Aufsichtskommission ist, bei solche Rückmeldungen aus den Direktionen, zu reagieren.

#### *Weitere Geschäfte*

Neben der Behandlung des Tätigkeitsberichtes 2008 des Ombudsmannes und Datenschutzbeauftragten, liessen wir uns die Eigentümerinnenstrategie BernMobil vom 31.10.2007 vorstellen, haben uns mit dem Feuerwehrstützpunkt, dem Bärenpark und der Entflechtung des Übertragungsnetzes von den übrigen Tätigkeitsbereichen von ewb befasst.

Am diesjährigen Kommissionsausflug vom 16.10.2009 hat uns das Kompetenzzentrum Integration in das Gäbelbachdelta und Löhrmoos geführt und uns von der Arbeit in diesem Gebiet erzählt.

### **3. Präsidialdirektion PRD**

Im Sinne ihrer Aufsichtsaufgabe hat die AK-Delegation die Präsidialdirektion am 3. November 2009 besucht. Wir haben uns im speziellen mit der Leiterin der Abteilung Kulturelles Veronica Schaller unterhalten und ein paar einzelne Punkte beleuchtet.

In der Abteilung Kulturelles arbeiten 6 Mitarbeitende. Personalwechsel aufgrund von Pensionierung und Leitungswechsel hatte eine Umstellung des Teams zur Folge. Es ist gelungen, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen und eine gute Form der Zusammenarbeit zu finden. Dies hat uns Veronica Schaller, die Leiterin der Abteilung Kulturelles, auf unsere Fragen zur Situation mitgeteilt. Frau Schaller hat die Leitung im August 2008 übernommen.

Wir haben uns ausserdem über die Entwicklungen beim Theater, speziell die Neuerungen beim Stadttheater, über den Tanz diskutiert. Thema war ausserdem die erst kürzlich verabschiedete Kantonale Kulturstrategie und ihre Auswirkungen auf die Stadt Bern. Die Situation bei der Reitschule hat sich beruhigt. Die Gespräche zwischen Stadt und Reitschule finden statt und es konnten Vereinbarungen getroffen werden. Martin Müller von der Abteilung Kulturelles wird im ersten Jahr die Koordinationsaufgabe für die Stadt wahrnehmen.

### **4. Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE)**

Der AK-Delegationsbesuch fand am 3. November 2009 statt und befasste sich mit dem Amt für Erwachsenen- und Kindesschutz EKS, das bei der letzten Verwaltungsreform von der BSS in die SUE umgeteilt wurde. Das Amt ist in der Liegenschaft Predigergasse 4-10 untergebracht. Die Platzverhältnisse wurden als äusserst eng empfunden, weil die im selben Gebäude tätige Sozialhilfe viel Neuanmeldungen aufwies und auch das EKS am Ausbauen war. Wenn Sozialarbeitende ein Büro teilen müssen ist es schwierig, vertrauliche Klientengespräche zu führen. So kommt es für einzelne Besprechungen oft zu spontanen Bürowechseln.

Ein weiteres Problem stellt die Sicherheit dar. Der Eingangs-/Anmeldebereich ist zugleich Warteraum. Oft halten sich 20, manchmal sogar bis zu 60 Personen gleichzeitig dort auf. Es gibt nun immerhin ein Sicherheitskonzept, an bestimmten Tagen ist die Securitas präsent und alle Mitarbeitenden haben eine Weiterbildung in Selbstverteidigung absolviert. Pro Jahr kommt es zu etwa 10 Notfallsituationen.

Laut der Leiterin des EKS hat sich die Stimmung seit dem Direktionswechsel im Rahmen der Verwaltungsreform 2007 beruhigt. Es gäbe durchaus fachliche Verbindungen innerhalb der SUE. Neben dem sozialarbeiterischen Teil sei auch der juristische Teil der EKS-Tätigkeit wichtig. Gerade bezüglich „Sicherheit und Schutz“ im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt sei die Verbindung zur Polizei nicht fern. Auch das Erbschaftsamt habe eine Schnittstelle zum Polizeiinspektorat, weil dort das Bestattungsamt angeschlossen ist. Wichtig sei natürlich, dass die Kontakte zur BSS und die Mitarbeit in deren Gremien funktioniere, da mit deren Ämtern natürlich die wichtigsten Berührungspunkte vorhanden seien.

## 5. Direktion Bildung, Soziales und Sport (BSS)

Thema des diesjährigen AK-Delegationsbesuchs bei der BSS war Sport in der Stadt Bern. Die BSS war vertreten durch Direktionsvorsteherin Frau Edith Olibet, den Generalsekretär Sven Baumann sowie Roger Schnegg, der neue Leiter Sportamt. In seinem hervorragenden Vortrag erläuterte Herr Schnegg die wesentlichen Amtstätigkeiten und aktuellen Herausforderungen. Er antwortete kompetent auf Fragen der AK-Delegationsmitglieder. Er hat informiert, dass der Wassersport mehr als die Hälfte der Kosten der Stadt Bern im Sportbereich in Anspruch nimmt, also deutlich mehr als die Sportangebote auf Eis und Rasen. Erfreulich sei, dass die Bernerbevölkerung zunehmend mehr Sport treibe. Leider kann die Nachfrage mit der bestehenden Sportinfrastruktur nicht gedeckt werden. Menschen werden älter, sind aber aktiver als früher. Auch der Frauensport nimmt zu, es fehle aber an Rasenfläche.

Offenbar ist Sport immer noch mehrheitlich männlich, oder wird zumindest so wahrgenommen. Denn die Stadt Bern investiert in Männersport mehr als in typische Frauensportarten (das entspricht übrigens auch der Tendenz im Bundesamt für Sport und der Programme von Jugend und Sport, wo nach wie vor Frauensportarten mit weniger Mittel und Professionalisierungsmöglichkeiten auskommen müssen).

Allgemein muss von einem Mangel an Sportinfrastruktur gesprochen werden. Gemäss Informationen vom Sportamt ist die Sicherheit der Nutzenden in den Hallenbädern garantiert. Aber die Stadt wird in den nächsten Jahren in die veralteten Wasser- und Eis-Anlagen viel investieren müssen. Das Sportamt arbeitet an einem Konzept zu Sport in der Stadt Bern, das es nach einer internen Konsultation dem Stadtrat unterbreiten wird.

Die ganze AK hat im Rahmen eines Direktionsbesuchs auch das in die BSS eingegliederte Kompetenzzentrum Arbeit (KA) besucht. Die Kommissionsmitglieder trafen die Direktionsleiterin Frau Edith Olibet und die Kader der BSS. Während der Besichtigung der Lokalitäten im Hauptstandort an der Lorrainestr. 52 informierte der KA-Leiter Herr Fassbind das Kader über ihre Tätigkeiten und Angebote. Ihre Zielgruppen sind:

- junge Erwachsene und Jugendliche, die eine Lehrstelle oder eine Ausbildung suchen
- Erwachsene, die versichert sind und Arbeitslosengelder erhalten
- Erwachsene, die nicht versichert sind und Sozialhilfe beziehen.

Der grösste Anteil der finanziellen Unterstützung kommt mit rund 12 Mio. Franken vom Kanton, dieser ist denn auch der grösste Auftraggeber. Beim KA gehen jährlich ca. 2000 Personen ein und aus. 2008 stand die Stadt Bern mit einer Ablösungsquote der Sozialhilfe von 45% verglichen mit den anderen Städten gut da. Dies kann auf die gute Vernetzung des KA mit Nonprofit-Organisationen (Altersheime, Kitas etc.) und der Privatwirtschaft zurückgeführt werden. Die Ablösungsquote wird für 2009 vermutlich weniger gut ausfallen. Es ist eine Realität, dass die Wirtschaft Stellensuchende mit gewissen Schwächen nicht mehr integriert. Diesen bleibt dann Tür und Tor zum ersten Arbeitsmarkt verschlossen, auch dann wenn sie arbeiten möchten. Mit seinen Programmen versucht das KA auf einer schwierigen Basis eine soziale und berufliche Stabilisierung der Betroffenen zu erreichen – eine ohne Zweifel sehr wichtige Arbeit, die entsprechende Wertschätzung verdient.

## 6. **Direktion Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün (TVS)**

Im Rahmen ihrer Aufsichtsaufgaben hat sich die AK-Delegation von der Direktion TVS über das neue kantonale Strassengesetz vom 4. Juni 2008 orientieren lassen, über dessen Auswirkungen auf die Stadt und über die Zusammenarbeit mit dem Kanton.

Die Lage der Stadt Bern ist im kantonalen Rahmen eine besondere: zwar bildet die Stadt ein Zentrum des kantonalen Strassennetzes, ihre Gemeindestrassen werden auch vom kantonalen Durchgangs- und Zielverkehr genutzt. Aber nur die „Ausgänge“ der Stadt zu den Autobahnen sind Kantonsstrassen im gesetzlichen Sinn. Dies hat Vor- und Nachteile. Die Vorteile liegen in der Autonomie, in der die Gemeinde den Verkehr steuern kann. Nachteilig ist, dass – anders als in der bisherigen Mischrechnung – der Kanton nur noch die Kantonalstrassen finanziert und zu den Gemeindestrassen nichts mehr beiträgt. (Ein Beispiel, wie sich dies auswirkt: die Strassenumbau-Kosten für die neue Tramlinie trägt in Köniz der Kanton, in Bern die Gemeinde – was eine Ungleichbehandlung der Gemeinden bedeutete.) Die Notwendigkeit eines neuen Gesetzes war unbestritten, aber die Stadt Bern hatte eine differenziertere Behandlung einiger Fragen vorgeschlagen: z.B. eine Art Leistungsauftrag (mit Mitfinanzierung) für die „Bewirtschaftung“ der regional wichtigen Strassen in einer Hand, oder eine Kategorie von Agglomerationsstrassen mit einem regionalen Verkehrsmanagement. Doch dafür gab es auf kantonalen Ebene keine Mehrheiten. Die zusätzlichen Kosten für die Stadt Bern werden teilweise im übergeordneten FILAG-System verrechnet. Die praktische Zusammenarbeit mit dem Kanton an den Übergängen von den Gemeinde- zu den Kantonsstrassen läuft jedoch dank der derzeitigen Mitarbeitenden auf allen Ebenen zur Zeit ohne Probleme.

Auch wenn strukturelle Ebene für die Gemeinde Bern damit noch nicht befriedigend geregelt ist, sieht die AK derzeit keine Notwendigkeit, von sich aus zu handeln. Auf Nachfragen zu weiteren Themen hat die AK erfahren:

- An der Frage eines Road Pricings arbeitet eine Arbeitsgruppe mit Vertretungen von Stadt, Regionsgemeinden, Kanton und Bund.
- Für Investitionen und Unterhalt der Strassen bezahlt die Stadt Bern jährlich über 90 Mio Franken (knapp 10% im 1-Mia-Budget); ein Teil davon wird über FILAG erstattet. Im Werterhalt besteht ein Rückstau von rund 100 Mio Franken.
- Die Situation im Bereich der Kaderlöhne (vor allem im technischen Bereich) hat sich weiter verschlechtert: Kanton und Bund bezahlen deutlich höhere Löhne. Zudem bildet die Stadt Bern junge Techniker gut aus – danach gehen diese in die Privatwirtschaft, mit viel höheren Löhnen.

Die AK stellt fest, einzelne ungerechte Kritiken an der Direktion TVS wirken deprimierend; die Mitarbeitenden der TVS arbeiten im Ganzen kompetent und engagiert, teilweise an den Grenzen ihrer Kapazitäten - und haben Lob verdient.

## 7. **Direktion Finanzen, Personal und Informatik (FPI)**

Die Delegation FPI liess sich anlässlich des Besuchs vom 6. November 2009 durch die Direktorin und die Verantwortlichen der Pensionskasse über die technischen Details der Organisation und der Anlagestrategien und -instrumente informieren. Soweit ersichtlich

bestehen bei der Pensionskasse derzeit keine Probleme, die eine vertiefte Befassung durch die AK erforderlich machen würden.

**Die AK dankt dem Gemeinderat und den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für ihren Einsatz, ihr Engagement und für die gute Zusammenarbeit mit der AK und dem Stadtrat.**

Bern, 7. Juni 2010

Beilage:  
Übersicht AK-Delegationen 2009